



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion „Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln“

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 10.10.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Feststellung der beruflichen Qualifikation durch die Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland ist eine entscheidende Frage für die Integration in unseren Arbeitsmarkt. Menschen, die zu uns kommen, sollen auch in ihrem gelernten Beruf arbeiten können. In Deutschland setzt aber die Chance auf sozialen Aufstieg durch eigene Leistung in der Regel auch formale Qualifikationen voraus. Es wäre aber doch nicht sinnvoll, wenn ausländische Ärzte und Ingenieure bei uns als Taxifahrer oder Küchenhilfe arbeiten müssten. Wir wollen, dass Menschen ihre Potentiale nutzen können.

Es geht bei der Berufsanerkennung auch, aber nicht nur um die Integration von Geflüchteten. Wichtige und große Gruppen sind ebenso EU-Bürger, die in unserem Land Arbeit finden können, Deutsche mit einem Abschluss einer ausländischen Hochschule oder Grenzgänger, die zum Beispiel mit einem niederländischen Abschluss in Nordrhein-Westfalen arbeiten möchten.

Dies zeigt die Vielfalt der Lebenssituationen, aus denen Menschen ein Anerkennungsverfahren durchlaufen und denen wir gerecht werden müssen.

Wir Freie Demokraten setzen uns darüber hinaus für eine gesteuerte Einwanderung unter Einbeziehung eines Punktesystems ein. Ein anerkannter Abschluss sollte dabei ein wesentliches Kriterium darstellen. Dazu muss es aber auch leichter möglich sein, Anträge

bereits aus dem Ausland zu stellen und Verfahren soweit wie möglich über ein Online-Portal abzuschließen. So könnten wir mit der Berufsankennung einen wertvollen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Für uns gilt: Menschen, die bereits im Ausland unter Beweis gestellt haben, dass sie ihren gelernten Beruf beherrschen, sind in Nordrhein-Westfalen willkommen. Die im Ausland erworbenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse der Menschen sind auch in unserer Gesellschaft wertvoll. Ausländische Qualifikationen dürfen keine Berufsabschlüsse zweiter Klasse sein.

Deshalb wollen wir einerseits möglichst schnelle und unbürokratische Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erreichen. Andererseits müssen wir aber auch sicherstellen, dass fachliche Standards und die hohe Ausbildungsqualität der deutschen Berufsbilder gewahrt bleiben.

Auf Bundesebene wurde ein Anerkennungsgesetz 2011 gerade auch auf Betreiben des damaligen liberalen Koalitionspartners beschlossen. Das Landesgesetz folgte 2013. Allerdings haben sich in der Umsetzung auch etliche Probleme gezeigt. Ich nenne nur lange Bearbeitungszeiten, der Wunsch nach einer besseren Beratung und Unterstützung der Antragsteller.

Für die NRW-Koalition hat daher die Verbesserung der Verfahren hohe politische Priorität. Wir wollen durch eine Bündelung der Entscheidungsprozesse und den Aufbau von Datenbanken zu ausländischen Abschlüssen eine einheitlichere Bearbeitungspraxis erreichen. Wir wollen dazu auch die Behördenstruktur der zuständigen Stellen überprüfen.

Wir wollen mit Hilfe standardisierter Module für die Nachqualifizierung bei in den Verfahren häufig vorkommenden Abschlüssen und Herkunftsländern Menschen unterstützen, deren Berufsqualifikationen noch nicht vollständig anerkannt werden konnten. Wir wollen auch Verfahren zur besseren Berücksichtigung informell erworbener Kompetenzen entwickeln, um die tatsächlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Antragsteller umfassend zu ermitteln. Mit diesen Vorschlägen des vorliegenden Antrages können wir im Sinne der betroffenen Menschen Kosten für die Anerkennung senken und Verfahren beschleunigen.